



Liebe Genossinnen und Genossen,

ein sehr aufregendes Jahr neigt sich dem Ende. Politisch war es ein Jahr mit vielen Aufs und Abs. Das Jahr der Brexit-Entscheidung und der anstehenden Umwälzungen in Italien lassen uns einen bangen Blick nach Brüssel werfen. Und noch weiter geschaut, nach Washington, ist vieles ungewiss. Donald Trump ist für uns Europäer die vielbeschworene Black Box, bei der wir nicht wissen, was sich in ihr verbirgt.

Doch auch in Deutschland gibt vieles Anlass zur Sorge. Die anhaltenden Wahlerfolge der AfD bereiten sicher nicht nur mir Bauchschmerzen. Wenn wir unsere Politik nicht besser verkaufen können, werden immer mehr Wählerinnen und Wählern den braunen Rattenfängern hinterherlaufen. Im kommenden Wahljahr gibt es viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Ich freue mich, dass wir mit Sören Wittig einen hervorragenden Kandidaten für diese wichtige Aufgabe haben. Ich werde ihn nach allen Kräften dabei unterstützen.

Vor dem neuen Jahr gilt es erst einmal noch kurz durchzuatmen und einige ruhige und besinnliche Tage zu verbringen. Eine schöne Adventszeit sowie friedliche Weihnachtstage wünscht Euch Euer

Wolfgang Gunkel

Das Bundesteilhabegesetz

Anfang Dezember hat der Bundestag das Bundesteilhabegesetz, das die Leistungen von Menschen mit Behinderungen regelt, verabschiedet. Vorangegangen war eine breite Diskussion. Die Interessensverbände haben sehr stark auch öffentlichkeitswirksam diskutiert und so noch einige Änderungen erreicht.

Ich sage es ganz offen, ich bin bei weitem nicht mit allem zufrieden, wir hätten einen viel weiteren Wurf wagen können. Aber nicht in dieser Koalition. Solange der Finanzminister die schwarze Null wie den heiligen Gral hütet, sind Investitionen, vor allem im sozialen Bereich, nicht leicht einzufordern.

Kern des nun verabschiedeten Gesetzes ist es, dass die Eingliederungshilfe aus dem System der Sozialhilfe ausgegliedert wird. Menschen mit Behinderungen sollen deutlich mehr finanziellen Spielraum erhalten. Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden künftig klar von den Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt. Bisher konnten erwerbstätige behinderte Menschen,



die Eingliederungshilfe beziehen, praktisch kein eigenes Vermögen aufbauen. Sämtliche Beträge über 2.600 Euro wurden auf die Sozialleistungen angerechnet. Jetzt wird diese Vermögensfreigrenze verzehnfacht.

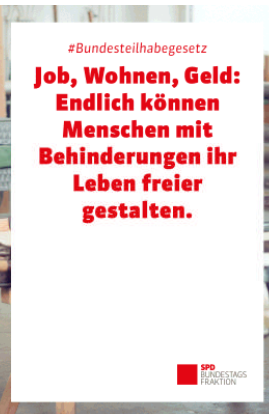
2020 soll sie auf rund 50.000 Euro angehoben werden.

Das Budget für Arbeit soll die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am ersten Arbeitsmarkt verbessern. Zudem werden Rehalistungen wie aus einer Hand erbracht.

Änderungen, die von den Interessensverbänden im Laufe des Gesetzesverfahrens noch eingebracht wurden, betreffen den Zugang zur Eingliederungshilfe, der nicht eingeschränkt wird, sondern die derzeitigen Zu-

gangskriterien bleiben bis 2023 bestehen und werden erst nach einer Evaluierung und einer Erprobungsphase ersetzt. Wünsche zur Wohnform und damit verbundene Assistenzleistungen im Bereich der persönlichen Lebensgestaltung werden besser berücksichtigt. Ambulantes Wohnen hat Vorrang, wenn der Betroffene dies wünscht.

Das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen wird mit der Reform gestärkt.



Impressum:

Redaktion: Marion Fritsch, Gudrun Hoffmann, Ulrich Schröder
Inhaltliche Verantwortung: Wolfgang Gunkel, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin; Telefon: +49 30 22 77 24 58; E-Mail: wolfgang.gunkel@bundestag.de
Fotos: SPD-Bundestagsfraktion, SPD, eigene

Die „Wirtschaftsweisen“ oder wie berechnet man die Rente für das Jahr 2080?

Seit Ludwig Erhards Zeiten erhält die Bundesregierung von einem „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ jährlich einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage der Nation. Weil alle Welt glaubt – und das ist ganz besonders in Deutschland der Fall -, dass Professoren resp. Wissenschaftler sehr intelligente und besonnene Menschen sind, erhielt der Sachverständigenrat irgendwann den Ehrentitel „Die Wirtschaftsweisen“. „Weise“, das weiß jedes Kind aus der Weihnachtsgeschichte, sind kluge, edle und selbstlose Gelehrte, die über den Tag hinaus denken, über Eigensinn erhaben sind und der Gemeinschaft dienen.

Im Oktober haben die „Wirtschaftsweisen“ der Bundesregierung das diesjährige Gutachten vorgelegt, und Zweifel an ihrer Weisheit sei erlaubt – fordern sie die Bundesregierung doch tatsächlich auf, schon jetzt auf die Rente mit 71 für das Jahr 2080 (!) hinzuwirken. Die Wirtschaftsweisen – im Jahr 2080 allesamt mausetot – glauben offenbar neben ihrer Weisheit auch mit prophetischen Gaben gesegnet zu sein. Sie scheinen zu wissen, wie unser Land, unsere Volkswirtschaft, Europa und unser Leben in 63 Jahren beschaffen sein werden, um aufs Jahr genau das Renteneintrittsalter für 2080 berechnen zu können. Werden sich achtjährige Grundschüler nun freuen, wenn wir von Ihnen verlangen, sich schon einmal darauf einzustellen, bis zum 71. Lebensjahr arbeiten zu müssen? Wahrscheinlich wird ihnen eine solche elterliche Ermahnung egal sein wie nix. („Ja, ja, Papa. Ich bin so stark, ich kann bestimmt sogar noch arbeiten, wenn ich 90 bin.“)

Man stelle sich nur einmal vor, die Wirtschaftsweisen hätten im Jahr 1954 von der Bundesregierung verlangt, das Renteneintrittsalter für heute festzulegen. Das wäre eine recht waghalsige Angelegenheit geworden, denn in den folgenden 63 Jahren gab es die Studentenbewegung, die Wiedervereinigung, den Euro, den Durchmarsch des Computers, Digitalisierung, Internet und Smartphones – den sog. Pillenknick nicht zu vergessen!

Was wollen uns die Weisen also mit ihrem visionären Zukunftsentwurf für die kommenden Jahrzehnte sagen? Beim Blick auf die weiteren Forderungen in ihrem Gutachten lässt sich die Antwort schnell errahnen. Liebe arbeitende Menschen, solltet ihr in den kommenden Jahrzehnten nicht dem Willen der Großkonzerne und der Vermögenden folgen, so wird es ein böses Ende nehmen mit unserer

Volkswirtschaft. Da kennen die Weisen keine Gnade: Vermögenssteuer ist Teufelszeug! Es braucht „steuerliche Anreize“ für private Investoren. Der Mindestlohn muss ebenso weg, wie ein Ausbau des Niedriglohnssektors her muss. Mietpreisbremse geht auch nicht, bremst die Gewinne der Bauspekulanten. Agenda 2010 kann nur der Anfang gewesen sein, zieht euch warm an. Und selbst das alles geht nur gut aus, wenn eure achtjährigen Kinder in ferner Zukunft so lange zu arbeiten bereit sind, bis ihnen der Löffel aus der Hand fällt. Punkt.

Irgendwann, so scheint es, lässt sich jeder Wirtschaftswissenschaftler oder Ökonom vom großen Geld korrumpieren. Wem weisen sie dann den Weg? Den Konzernen und den Reichen.

Rentenangleichung Ost/West

Mehr als 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution ist es höchste Zeit, dass im Rentenrecht der Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ gilt.

Die Koalition hat sich nun auf einen einheitlichen Rentenwert in Ost und West geeinigt. Die Kosten von insgesamt 3,9 Mrd. Euro ab 2025 sollen aus Steuermitteln finanziert werden, da es sich bei der Rentenangleichung um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt.



MEHR ALS EIN VIERTELJAHRHUNDERT
WIEDER VEREINT.
**ZEIT FÜR
GLEICHE RENTEN
IN OST UND WEST!**

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Die Angleichung in sieben Schritten bis 2025 ist ein Kompromiss, der nach intensiven Debatten zwischen SPD

und Union errungen wurde. Weite Teile der Union haben die Rentenangleichung bis zum Schluss abgelehnt. Wir wollten eine Angleichung bis 2020, dies hat die Union verhindert.

Von der schrittweisen Angleichung des Rentenwerts profitieren die Rentner sowie viele ältere Arbeitnehmer in Ostdeutschland. Im ersten Schritt im Jahr 2018 erhalten die rund 4 Mio. Rentner in Ostdeutschland gut 600 Mio. Euro zusätzlich. Es ist gleichzeitig gut, dass die Umwertung der ostdeutschen Löhne bis 2025 beibehalten wird. Dies schafft einen Ausgleich zwischen den Generationen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass das entsprechende Gesetz möglichst schnell verabschiedet wird. Im parlamentarischen Verfahren bleibt zudem zu prüfen, ob ein erster Schritt bereits im Jahr 2017 umgesetzt werden kann.

Das Konzept von Andrea Nahles bietet eine gute Diskussionsgrundlage für eine zukunftsfeste und verlässliche Alterssicherung bis 2030 und darüber hinaus.

Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsausbau 2015-2018“

Gemeinsames Ziel von Bund, Ländern und Kommunen ist, bundesweit ein bedarfsgerechtes und qualitativ gutes Angebot an Betreuungsplätzen zu schaffen. Für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren hat der Bund das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ eingerichtet. Bestandteil ist u.a. das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2015 – 2018“ mit einem Fördervolumen von 550 Millionen Euro Bundesmittel. Entsprechend dem Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz (§ 4a Abs. 2) erfolgt die Bereitstellung der Bundesmittel anteilig für die Haushaltsjahre 2016 bis 2018. Im Jahr 2016 können die Länder insgesamt 230 Millionen Euro Bundesmittel abrufen. Damit alle Länder die gleiche Berechtigung auf Abruf dieser Mittel haben, wurde dieser Betrag auf die 16 Bundesländer aufgeteilt. Bezugsgröße war dabei das Verhältnis der insgesamt zustehenden Bundesmittel, gemäß § 13 des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder.“ Zitat BMFSFJ Aus meinem Wahlkreis erreichten mich zur Fördermittelbereitstellung im August zwei Anfragen von SPD-Gemeinderäten. Die Kommunen hatten jeweils einen Zuwendungsbescheid aus 2015 vorliegen und erhielten ein Schreiben des Erzgebirgskreises mit der Mitteilung, dass für 2016 keine Bundesmittel mehr zur Verfügung ständen. Das Sächsische Staatsministerium für Kultus hätte informiert, dass die Mittel aus März 2016 komplett für die Auszahlungen der aus 2015 bewilligten Anträge verbraucht wurden. Die Gemeinden sollten in Vorleistung gehen, die Überprüfung der Möglichkeit einer Zwischenfinanzierung war bereits seitens des Kreises erfolgt. Meine Frage im zuständigen Familienministerium ergab nun folgendes: „Dem Freistaat Sachsen stehen insgesamt 28,3 Millionen Euro Bundesmittel aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2015 - 2018 zur Verfügung. Im Haushaltsjahr 2016 können davon 11,8 Millionen Euro abgerufen werden. Mit Stand 01.09.2016 hat Sachsen Mittel im Umfang von 5,4 Millionen Euro angefordert, diese Mittel wurden zum Abruf durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) be-



reitgestellt. Insofern können bis zum Jahresende weitere Bundesmittel (bis zur Grenze von 11,8 Millionen Euro) angefordert werden.“

Diese Informationen reichten die Stadt- und Gemeinderäte an Ihre Kommunen weiter. Die Kämmerer der Gemeinden bekräftigten daraufhin ihre Begehren nach Auszahlung der Fördermittel an den Landkreis.

Ende November erhielten die Kommunen endlich die Auszahlungen der Fördermittel, nachdem das Sächsische Kultusministerium wohl alle Fördermittel für 2016 doch ausreichte.

Sollten Euch ebenfalls Unstimmigkeiten bezüglich Bundesfördermittel aus den Gemeinden und Städten des Erzgebirgskreises bekannt werden, in-

formiert meine Wahlkreisbüros. Ich kümmere mich dann darum.

Bund-Länder-Finanzreform

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich auf die grundgesetzlichen Änderungen zur Neureglung der föderalen Finanzbeziehungen verständigt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits zu Beginn der Verhandlungen ihre Anforderungen an eine Reform der Bund-Länder-Finanz formulierte. Diese werden unsere Richtschnur für die nun folgenden parlamentarischen Beratungen bleiben.

Die Kernforderung im Bildungsbereich wurde gegen zahlreiche Widerstände durchgesetzt: Das so genannte Kooperationsverbot wird damit aufgebrochen. Ein großer Erfolg, für den wir seit Jahren gekämpft haben! Der Bund kann mit dem neuen Artikel 104 c im Grundgesetz künftig gezielt in die kommunale Bildungsinfrastruktur investieren. Jetzt kann der Bund mithelfen, die Schulen in Deutschland zu modernisieren, um dadurch seinen Beitrag für gleiche Bildungs- und Lebenschancen zu leisten.

Der Bund handelt, ohne dass er von einzelnen Bundesländern blockiert wird. Denn anders als in der Wissenschaft braucht es beispielsweise bei Kitas, Schulen und beruflichen Schulen nicht die Zustimmung aller Länder. Dieser Erfolg ermöglicht es nun, zügig die nationale Bildungsallianz auf den Weg zu bringen, die von der SPD für bessere Bildungschancen vorgeschlagen wurde.

SPD 2017 – Zurück zum Kern

Das Jahr 2017 ist für die SPD das Jahr einer klaren Kursbestimmung. Wollen wir bei der Bundestagswahl ein Ergebnis erzielen, das eine Volkspartei braucht, um eine solche zu bleiben, so muss die SPD im Wahlkampf wieder deutlich als die Partei der Arbeitnehmer zu erkennen sein. Sie muss sich grundsätzlich in ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von den bürgerlichen Parteien unterscheiden. Es wird für jeden Wähler erkennbar sein müssen, dass die Sozialdemokratie im Zuge der Globalisierung nicht mehr den neoliberalen Kurs vertritt, in Folge dessen Spitzensteuersätze gesenkt wurden, milliardenschwere Konzerne kaum Steuern zahlen, Hedgefonds dereguliert aus dem Ruder laufen und gleichzeitig die Löhne kaum noch gestiegen sind, Leiharbeit sich vervielfacht hat und Niedriglohn als Garant wirtschaftlichen Aufschwungs ausgerufen wurde. Mehr als jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet inzwischen für einen Niedriglohn von unter zehn Euro pro Stunde, im Osten jeder Dritte.

Die Aussage, es gehe der Wirtschaft und den Menschen in Deutschland selten so gut wie heute und die Arbeitslosigkeit liege auf einem Niedrigstand, ist deshalb gefährlich und für viele Menschen geradezu verhöhrend. Sozialdemokraten, die so reden, sind für diese Menschen nicht mehr wählbar. Und sie sind auch nicht mehr wählbar für Menschen, die noch in annähernd gut bezahlten Jobs stehen, aber ständig befürchten, auch in das Heer der Niedriglöhner durchgereicht zu werden. Dafür steht u.a. Hartz IV, wie es der Ökonom Peter Bofinger treffend formulierte: „Hartz IV hat lediglich für ältere Arbeitslose mit höherer Qualifikation den Druck erhöht, eine Stelle zu suchen. Das soll den deutschen Exportboom ausgelöst haben? Da tut man Gerhard Schröder zu viel der Ehre an.“ Sicher, die Globalisierung bringt der Wirtschaft Wachstum. Aber unter wirtschaftsliberalem Vorzeichen hat sie viele Verlierer zurückgelassen, denen man u.a. „Einkommensarmut“ attestiert und die sich zu Recht gedemütigt fühlen, weil Ihnen sehr wohl deutlich gemacht wird, nicht dazu zu gehören. Für die Sozialdemokratie heißt das, sich grundsätzlich vom „Weiter so“, vom neoliberalen Wirtschaftskurs der Schröder-Jahre zu verabschieden. Der Mindestlohn war hier ein kleiner Anfang. Gleichwohl hat es sich beim Mindestlohn zwar gezeigt, dass größere Reformen gegen den wirtschaftsliberalen Mainstream durchsetzbar sind und dass die Marktradikalen nicht Recht hatten mit ihren Horrorszenarien, nach denen der Mindestlohn unsere Volkswirtschaft in den Abgrund reißt. Aber

im Ganzen gesehen ist der Mindestlohn nur eine Reparatur der Schäden, die von der neoliberalen Wirtschaftspolitik angerichtet wurden. Es reicht eben nicht, mit den anderen politischen Parteien in einen Wettbewerb der Reparaturen einzutreten, wer hier ein wenig mehr Rente und dort etwas mehr Steuerentlastung verspricht. Die SPD muss im Wahlkampffahr 2017 deutlich machen, dass sie eine grundlegende Kurskorrektur weg von der wirtschaftsliberalen hin zu einer regulierten Globalisierung will. Dass sie die Arbeitnehmer nicht mehr den Regeln des Marktes ausliefert, sondern sie ausnahmslos am wirtschaftlichen Wohlstand teilhaben lässt, so wie es ihnen zusteht.

Die SPD muss den Arbeitnehmern wieder eine Garantie persönlicher wirtschaftlicher Sicherheit geben. Das heißt, die Drohung von Hartz IV, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit von der Substanz leben zu müssen oder ein prekäres Arbeitsverhältnis in Kauf zu nehmen, muss weg. Das hat uns gerade bei unserer einstigen Stammwählerschaft einen immensen Vertrauensverlust gebracht. Der Niedriglohnsektor, Werkverträge und Leiharbeit gehören massiv zurück gedrängt. Eine offensive Lohnpolitik mit Stärkung der Gewerkschaften und Tarifverträge sowie der Ausbau der Arbeitnehmerrechte beleben dabei den Binnenmarkt und das Wirtschaftswachstum. Familien müssen sozial abgesichert sein, so dass Menschen, die es wollen, ohne Zukunftsängste Familien gründen können. In Bildung investieren heißt ganz konkret, sehr viel Geld in die Hand nehmen, um Kindern aus allen Familien eine exzellente Ausbildung zu finanzieren, damit Armut und fehlende Chancengleichheit sich nicht „vererben“.

Das kostet viel Geld, genauso wie Investitionen in Schulen, Universitäten, Infrastruktur und die Ausrichtung unserer Volkswirtschaft auf den Arbeitsmarkt der Zukunft. Eine konsequente Sozial- und Bildungspolitik lässt sich nicht durch die freien Kräfte des Marktes finanzieren. Sozialdemokratische Ordnungspolitik ist hier gefragt, wozu es ein klares Bekenntnis braucht. Mit dem notwendigen politischen Willen kann die SPD selbstbewusst sagen, woher das Geld kommen soll: Nämlich von denen, die bislang in Übermaß von der neoliberal ausgerichteten Globalisierung profitiert haben. Also: Spitzensteuersatz rauf, Erbschaftssteuer ohne Ausnahmen, zurück zur Vermögenssteuer, Durchsetzung der Finanztransaktionssteuer. So manch betuchter Mensch in unserem Land wird dabei aufschreien, nur hätte er die SPD vermutlich ohnehin nicht gewählt. Kämpfen wir dafür, den Arbeitnehmern wieder Schutz und soziale Sicherheit zurück zu geben, dann wird es sich für den eigentlichen sozialdemokratischen Stammwähler wieder lohnen, die SPD zu unterstützen.



Weihnachten im Erzgebirge

Nirgendwo in ganz Deutschland wird Weihnachten so intensiv, anheimelnd und lichterreich begangen wie im Erzgebirge. Manche behaupten ja, dass hier oben an der Böhmisches Grenze das ganze Jahr über Weihnachten sei.

Diese Zeit der Besinnung ist auch die Hochzeit unzähliger alter Bräuche, die noch sehr lebendig gepflegt und von einer Generation auf die andere weitergegeben werden.

Die Adventszeit wird mit dem „Männelwecken“ eingeleitet. In die Fenster kommen die beleuchteten Schwibbogen, Engel und Bergmänner. Die Pyramiden werden aufgestellt. Da sich aber seit Jahrzehnten diese wundervoll geschmückten Drehgestelle nie von selbst in Bewegung setzten, mussten sie stets mit einem kleinen Schubs angeschoben werden. Daraus hat sich die Tradition des **Pyramidenanschiebens** entwickelt.

Diese Tradition wird auch auf den gemütlichen **Weihnachtsmärkten** in allen Orten des Erzgebirges gepflegt. Die meisten Bräuche kommen schließlich vom Bergwerk, das die Lebensweise seit über 500 Jahren hier oben stark geprägt hat. Hier wird die alte Tradition der **Hutznstube** fortgesetzt, jenes einzigen beheizten Raumes, in dem man sich in der kalten Jahreszeit traf, um zu spinnen und schnitzen oder nur, um zu plaudern und singen.

Am **Heiligen Abend** sind die meisten Bräuche anzutreffen: Auf dem festlich gedeckten Tisch steht das **Heiligabendlicht**, unter der Tischdecke liegt das **Heiligabendstroh**, das an die Geburt des Kindes in einem Stall erinnern soll. Ein Gedeck wird für den **fremden oder armen Gast** aufgelegt. Pünktlich 18 Uhr, wenn landesweit die Kirchenglocken läuten, kommt das **Neunerlei** (Neinerlaa) auf den Tisch, jenes typische erzgebirgische Weihnachtsessen.

Das ist das Erzgebirge: Hier hat die Gastfreundschaft Tradition! Mit diesem Motto startet das Kompetenzzentrum für Gemeinwesenarbeit im Erzgebirge eine Kartenaktion. Auch zu uns sind viele Menschen geflohen, die auf Frieden und Geborgenheit hoffen. Wäre es nicht im Sinne unserer Gastfreundschaft, einen von ihnen am Festtagstisch zu begrüßen?

Wer sich beteiligen möchte, kann sich bei Frau Klier melden unter

protoleranz@buergerhaus-aue.de

In eigener Sache: Büros

In diesem Jahr kam es zu einigen Umstrukturierungen in meinen Wahlkreisbüros im Erzgebirge.

In Annaberg ist von Montag bis Donnerstag Marion Fritsch für Euch da und am Freitag Maria Behrndt. Krankheitsbedingt ist in Aue vorerst Montag und Dienstag nachmittags Kay Löschner vor Ort und an den anderen Tagen sind Christa und Frank Thiele für einige Stunden im Büro.

Geplant ist, dass am Montag Kay das Büro besetzt und von Dienstag bis Freitag Silvia Wenzel.

Das Annaberger Büro erreicht Ihr unter der Telefonnummer 03733-25350. Das Büro in Aue ist unter 03771-5648464 zu erreichen.



Ich wünsche Euch allen von Herzen ein friedliches Weihnachtsfest mit allen Euren Lieben, ein paar ruhige und besinnliche Tage und viel Glück und Gesundheit für das kommende Jahr 2017!